Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/300
14.11.2006

Ausschuss für Haushaltskontrolle

12. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

14. November 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:55 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Rolf Seel (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/603

Einzelplan 13 – Landesrechnungshof 1

Der Ausschuss stimmt dem unveränderten Einzelplan 13 – Änderungsanträge lagen nicht vor – einstimmig zu.

*) nichtöffentlicher Teil mit TOP 1 siehe nöAPr 14/60

Seite

3 Verschiedenes 1

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt Fragen zur Neuregelung beim Spiel 77 und zur heutigen dpa-Meldung, dass Einkommensmillionäre unzureichend geprüft würden.

Nächste Sitzung: 5. Dezember 2006

*****

Aus der Diskussion

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/603

Einzelplan 13 – Landesrechnungshof

Vorsitzender Rolf Seel teilt mit, man habe den Vorbericht der Präsidentin zur Kenntnis genommen. – Ihm lägen keine Änderungsanträge zum Einzelplan 13 vor. Heute sei die letzte Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle vor der zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss. Natürlich sei es jedem unbenommen, zu einem späteren Zeitpunkt noch Änderungsanträge zu stellen.

Der **Ausschuss** stimmt dem unveränderten Einzelplan 13 einstimmig zu.

3 Verschiedenes

Rüdiger Sagel (GRÜNE) spricht das Spiel 77 an, für das die Neuregelung vorgesehen sei, dass das Geld nicht mehr direkt an die Destinatäre gehe, sondern über den Haushalt laufe. Ihn interessiere, da dabei das Thema Rechtssicherheit eine Rolle spiele, inwieweit der Landesrechnungshof prüfe, ob das so in Ordnung sei. Bei der Anhörung habe es gewisse Unsicherheiten gegeben. Es gebe wohl auch Gutachten, die das für problematisch hielten.

Präsidentin Ute Scholle (LRH) antwortet, sie habe den Landesrechnungshof bei der Anhörung vertreten. Der Landesrechnungshof habe in einer Entscheidung des Großen Kollegiums – dies sei die Regel – dazu Stellung genommen. Damals habe der LRH diesen Absatz 4 noch nicht gekannt. Deshalb habe sie in der Anhörung gesagt, dass sie sich dazu nicht äußern könne. Bis heute liege keine Entscheidung vor. Man habe sich als Rechnungshof in der Anhörung dahin gehend geäußert, dass diese Mittel, die man als Landesmittel ansehe, wegen der Transparenz – Haushaltswahrheit und -klarheit – und aufgrund des Haushaltsgrundsätzegesetzes des Bundes im Haushalt auch erwähnt werden müssten. Es sei generell Sache des Parlaments, über die Vergabe aller Haushaltsmittel zu entscheiden und nicht Sache des Landesrechnungshofs.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) greift ein weiteres Thema auf. Heute Morgen habe es eine Konferenz des Bundesrechnungshofs gegeben. Einer dpa-Meldung von heute – Zusammenfassung 1215 – sei zu entnehmen, dass Einkommensmillionäre unzureichend